



Medienmitteilung vom 23.01.2025

## **Keine Wirtschaft auf einem kaputten Planeten: Thurgauer Ja-Komitee lanciert Abstimmungskampagne für die Umweltverantwortungsinitiative**

**Keine grenzenlose Wirtschaft auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen: Was die Umweltverantwortungsinitiative fordert, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Dies hat das Pro-Komitee an seiner Medienorientierung zur Kampagne am 9. Januar dargelegt. In einer Zeit, in der Umweltkrisen aktueller denn je sind, verlangt die Initiative, dass die Schweiz nicht mehr Ressourcen verbraucht und mehr Schadstoffe freisetzt, als unser Planet verträgt.**

**Emilia Freienmuth** von den jungen Grünen Thurgau eröffnete mit «Burnout. Dieses Wort kennen alle, und einige werden auch jemanden Betroffenen kennen. Doch vielen ist nicht bewusst, dass unsere Erde gerade auch eines hat, oder mindestens kurz davor ist.»

Die jungen Grünen kämpfen seit ihrer Gründung für eine Gesellschaft, in der das Klima als genauso wertvolle Ressource behandelt wird wie unsere Gesundheit, unsere demokratischen Rechte und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Genau aus diesem Grund wurde im August 2021 die Umweltverantwortungsinitiative lanciert, die im Grunde etwas Selbstverständliches fordert, nämlich dass wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen, als unser Planet wiederherstellen kann. Grundlage für die Initiative ist dabei das Konzept der planetaren Grenzen, die insgesamt 9 planetare Belastungsgrenzen definieren, die wir nicht überschreiten dürfen. Die Schweiz hat mindestens 6 dieser 9 Grenzen überschritten.

«Doch wir können etwas dagegen unternehmen» unterstreicht Emilia Freienmuth weiter. Wir können die Schweiz dazu verpflichten, innerhalb von 10 Jahren diese planetaren Grenzen einzuhalten, und ja, das wird nicht nur leicht werden, aber es würde bedeuten, dass meine Generation auch mit 60 noch auf einem Planeten leben kann, auf dem es sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung gibt.

Nationalrätin **Nina Schläfli** (SP) machte klar, dass die Art, wie wir Wirtschaften, verheerende Kosten verursachen wird, wenn wir keine Massnahmen ergreifen. «Wenn wir jetzt nicht handeln, steigen Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts- und Gesundheitskosten bis 2050 auf 15 bis 20% des BIP. Das heisst, dass wir die ersten zwei Monate im Jahr nur arbeiten, um die Kosten für Umweltschäden zu bezahlen, welche hauptsächlich die Grosskonzerne verursacht haben». Die Umweltverantwortungs-



initiative sorgt für soziale und ökologische Gerechtigkeit, da die für die Umweltschäden verantwortlichen Konzerne, auch für diese aufkommen müssen.

**Justin Rose** von der JUSO betonte: «Die Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen weit über dem, was sie uns in einem sicheren Rahmen zur Verfügung stellen können, wird unsere Umwelt, unsere Gesellschaft und nicht zuletzt das Leben jedes einzelnen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massgeblich beeinträchtigen.»

Nebst den desaströsen Konsequenzen für unsere Natur sind die sozialen und finanziellen Probleme gerade für sozial schwache, Minderheiten, aber auch für die gesamte Mitte der Gesellschaft enorm.

Besonders unfair ist, dass das reichste Prozent aller Menschen mehr zur Zerstörung unseres Klimas beiträgt, wie die halbe Weltbevölkerung. Jene, welche mit ihrem masslosen Überkonsum, Privatjet-Vielfliegerei und Geldsucht die vergleichsweise grössten Übeltäter sind, werden die Folgen am leichtesten ertragen können. Gerade der globale Süden, verhältnismässig und im Total weniger wohlhabend und weniger stark für den Klimawandel verantwortlich, wird zuerst und am härtesten getroffen werden.

**Kurt Egger**, Präsident der GRÜNEN Thurgau zeigte, wie wir mit der Umsetzung der Umweltverantwortungsinitiative den Weg in eine andere Zukunft bereiten könne: beispielsweise durch die Aufhebung aller klima- und biodiversitätsschädlichen Anreize wie die Befreiung des Luftverkehrs von der Mineralöl- und Mehrwertsteuer, konsequente Investitionen in die Energiewende und Kreislaufwirtschaft, einen starken Einsatz für gerechtere Regeln im internationalen Handel, ein Werbeverbot für umweltschädliche Produkte und die Demokratisierung der Wirtschaft.

Kontakte:

- Emilia Freienmuth, Junge Grüne Thurgau
- Nina Schläfli, Nationalrätin SP, 076 474 31 79
- Justin Rose, JUSO Thurgau
- Kurt Egger, Präsident GRÜNE Thurgau, 079 207 84 37



## Bild



Das JA-Komitee (v.l.n.r.): Kurt Egger, Präsident GRÜNE; Justin Rose, JUSO; Nina Schläfli, Nationalrätin SP; Emilia Freienmuth, Junge Grüne